

Arbeitszeitverkürzung – für alle?

Gerd Eisenbeiß, 2. Februar 2024

Zur Zeit findet offenbar ein Wettlauf verschiedener Branchen-Gewerkschaften um größere Arbeitszeitverkürzungen statt. Man argumentiert mit dem Arbeitskräftemangel, der nur bei größerer Attraktivität der Arbeitsplätze behebbar sei. Natürlich müsse das **mit vollem Lohnausgleich** verbunden sein.

Als man anfang, ökologisch zu denken, war rasch klar geworden, dass in den reichen Gesellschaften nur weniger Arbeit bei entsprechend geringerem Einkommen und folglich geringerem Konsum die angestrebte Wirkung haben könnte, ein sozialverträgliches Minus-Wachstum zu realisieren. Die technologisch bedingt steigende Arbeitsproduktivität konnte logisch nur entweder mit höherem Einkommen und Konsum im Gleichgewicht gehalten werden - oder eben durch Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität nicht wachsen zu lassen. Es gab immer wieder Menschen, das das für sich realisiert haben; so gab es Berichte von niedergelassenen Ärzten, die einfach weniger Sprechstunden anboten, um z.B. mehr Tennis zu spielen.

Da heute praktisch in **allen deutschen Branchen derselbe Personalmangel** herrscht, ist zu erwarten, dass keine Gewerkschaft zurückstehen möchte; so würde die ganze deutsche Volkswirtschaft ihre Arbeitsleistung in erster Näherung um etwa 2,7% (3 Stunden von 38, um auf 35 zu kommen) verkleinern. Da der Lohnausgleich das persönliche Konsumniveau nicht beeinträchtigen soll, müssen also in grober Näherung 1 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich aktiviert werden. Rein rechnerisch wäre für deren Entlohnung nur so viel übrig, wie die Arbeitszeitverkürzung an Produktivitätssteigerung erbringt; das aber wäre nur dann beträchtlich, wenn die von den Gewerkschaften schon heute beklagte Überlastung der Arbeitskräfte durch Arbeitsverdichtung gesteigert würde.

Man sieht: Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich sind eine Illusion, denn sie führt entweder zu geringeren Lohnsteigerungen oder zu Inflation; am Ende wird wieder nur zu verteilen sein, was erwirtschaftet wird.

In der Öffentlichkeit wird eine weitere Illusion gepflegt, das Arbeitskräftedefizit (noch vergrößert durch die Arbeitszeitverkürzung) sei durch Import von Arbeitskräften behebbar. Man vernachlässigt dabei, dass die so Angeworbenen bei fairem Lohn ebenso konsumieren wie die Stammbeschafteten, ja dass sie mit ihren Familien eher überdurchschnittlichen Bedarf haben.

Anfangs sind es die Integrationskosten vom Sprachkurs bis zur Behördenbetreuung, der Wohnungsbedarf bei bereits fehlenden 400.000 Wohnungen pro Jahr. Zusammen mit ihren Familien, mitunter auch alten Eltern, und vor allem Kindern benötigen sie genauso Kindergärten, Schulen und Pflege wie andere Bürger dieses Landes. Ob da überhaupt ein Mehrertrag zugunsten der importierenden Gesellschaft bleibt, scheint mir sehr fraglich. Es soll ja wohl nicht die alte Fehleinschätzung gepflegt werden, da kämen

ausschließlich nützliche Fachkräfte, die nach einigen Jahren wieder gehen¹. Nein, unser Ideal ist die Integration in die deutsche Gesellschaft! Und das bedeutet, dass die Angeworbenen und ihre Familien zugleich auch den volkswirtschaftlichen Bedarf erhöhen, also auch den Bedarf an Arbeitskräften. Dieser Zusatzbedarf ist schwer zu schätzen, er könnte zwischen 0,5 und 1 Mio. Arbeitskräften zusätzlich liegen.

Nun steht zu erwarten, dass sich die Gewerkschaften durchsetzen, denn die Rammbocke der Schlacht werden von Gewerkschaften eingesetzt, die **keinerlei Streik-Risiko** haben. Beispiele Deutsche Bahn und ÖPNV: der Staat wird nicht nur immer für die erstrittenen Kosten eintreten, ja er wird im Zusammenhang mit der unverzichtbaren Nachhaltigkeitsstrategie die Bus- und Bahnbetriebe sogar ausbauen müssen. In industriellen Betrieben haben die Gewerkschaften stets die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs im Blick; das bremst ganz von selbst die Tarifkampfaggressivität. Lokführer haben solche Risiken nicht; sie dürfen sogar mit Gehaltsnachzahlungen für die Streiktage rechnen.

Im Fazit der Darlegung ist festzuhalten: die Menschen-Importstrategie von Wirtschaft und Bundesregierung wird mehr Probleme schaffen als lösen, und die Gewerkschaftsstrategie zur Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich obendrein. Diese beiden Strategien werden auch die Nachhaltigkeitsstrategie behindern – auch dadurch, dass die eher konservative Finanzierungsidee für viele der Nachhaltigkeitsmaßnahmen, nämlich aus Wachstumserträgen, nicht aufgehen wird.

Und was sollten wir dann tun? Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Frage, was wir uns leisten wollen und können. Und dabei brauchen wir die Einsicht, dass wir spürbar weniger materiellen Konsum hinnehmen müssen, um die **großen gesellschaftlichen Aufgaben, eine soziale Nachhaltigkeitsstrategie, beste Bildung und Ausbildung, beste Infrastruktur und humanitäre Hilfe für Arme und Alte in unserer Gesellschaft und darüber hinaus Solidarität mit notleidenden Menschen anderswo.**

¹ Unvergessen die Analyse von Max Frisch 1965: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“